

No. 33716

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
AUSTRIA

Agreement concerning the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital and to trade and property taxes (with final protocol). Signed at Bonn on 4 October 1954

Agreement amending the above-mentioned Agreement. Signed at Bonn on 8 July 1992

Authentic texts: German.

Registered by Germany on 21 April 1997.

RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
AUTRICHE

Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière d'impôts sur le commerce et sur les biens immobiliers (avec protocole final). Signée à Bonn le 4 octobre 1954

Accord modifiant la Convention susmentionnée. Signé à Bonn le 8 juillet 1992

Textes authentiques : allemand.

Enregistrés par l'Allemagne le 21 avril 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ZUR VERMEIDUNG
DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER
STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SOWIE
DER GEWERBESTEUERN UND DER GRUNDSTEUERN

Die Republik Österreich und die Bundesrepublik Deutschland sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern die Doppelbesteuerung zu vermeiden, übereingekommen, das nachstehende Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

den Sektionschef Dr. J. Stangelberger
und den Ministerialrat Dr. O. Watzke
des Bundesministeriums für Finanzen,

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

den Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen W. Mersmann.

Die Bevollmächtigten haben nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Durch dieses Abkommen soll vermieden werden, daß Personen, die in einem der beiden oder in beiden Vertragstaaten einen Wohnsitz haben, doppelt zu Steuern herangezogen werden, die nach der Gesetzgebung jedes der beiden Staaten unmittelbar vom Einkommen oder vom Vermögen oder als Gewerbesteuern oder Grundsteuern für die Vertragstaaten, die Länder, die Gemeinden oder Gemeindeverbände (auch in Form von Zuschlägen) erhoben werden.

(2) Eine natürliche Person hat einen Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens in dem Vertragstaat, in dem sie eine Wohnung innehat unter Umständen, die darauf schließen lassen, daß sie die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Wenn sie in keinem der Vertragstaaten einen Wohnsitz hat, gilt als Wohnsitz der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthaltes.

(3) Bei einer juristischen Person gilt als Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens der Ort ihrer Geschäftsleitung oder, wenn sie in keinem der Vertragstaaten den Ort ihrer Geschäftsleitung hat, der Ort ihres Sitzes.

Artikel 2

(1) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind:

1. in der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die Einkommensteuer,
- b) die Körperschaftsteuer,

- c) die Abgabe Notopfer Berlin,
 - d) die Vermögensteuer,
 - e) die Gewerbesteuer,
 - f) die Grundsteuer;
2. in der Republik Österreich:
- a) die Einkommensteuer,
 - b) die Körperschaftsteuer,
 - c) die Vermögensteuer,
 - d) die Beiträge vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleichs,
 - e) die Aufsichtsratsabgabe,
 - f) die Gewerbesteuer,
 - g) die Grundsteuer.

(2) Das Abkommen ist auf jede andere ihrem Wesen nach gleiche oder ähnliche Steuer anzuwenden, die nach seiner Unterzeichnung von einem der Vertragsstaaten eingeführt wird.

(3) Die obersten Finanzbehörden der Vertragsstaaten werden sich gegenseitig über die Einführung neuer Steuern, über wesentliche Änderungen oder die Aufhebung bestehender Steuern, die von diesem Abkommen betroffen werden, unterrichten.

Artikel 3

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs), das in dem anderen Staate liegt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des unbeweglichen Vermögens (einschließlich der land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe) erzielten Einkünfte, insbesondere aus festen oder veränderlichen Vergütungen für die Ausbeutung von Grund und Boden sowie für Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden.

(3) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus Forderungen, die durch Pfandrecht an einem in dem anderen Staate liegenden Grundstück gesichert sind, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(4) Zum unbeweglichen Vermögen gehört auch das unbewegliche Betriebsvermögen.

Artikel 4

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten als Unternehmer oder Mitunternehmer Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, dessen Wirkung sich auf das Gebiet des anderen Staates erstreckt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als sie auf eine dort befindliche Betriebsstätte des Unternehmens entfallen.

(2) Dabei sollen der Betriebsstätte diejenigen Einkünfte zugewiesen werden, die sie als selbständiges Unternehmen durch eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter denselben oder ähnlichen Bedingungen und ohne jede Abhängigkeit von dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, erzielt hätte.

(3) Betriebsstätte im Sinne dieses Abkommens ist eine ständige Geschäftseinrichtung des gewerblichen Unternehmens, in der die Tätigkeit dieses Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(4) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte sowie für Einkünfte aus der Veräußerung eines Gewerbebetriebes im ganzen, eines Anteiles am Unternehmen, eines Teiles des Betriebs oder eines Gegenstandes, der im Betriebe benutzt wird.

Artikel 5

(1) Wenn ein Unternehmen in einem der Vertragsstaaten vermöge seiner Beteiligung an der Geschäftsführung oder am finanziellen Aufbau eines Unternehmens in dem anderen Staate mit diesem Unternehmen wirtschaftliche oder finanzielle Bedingungen vereinbart oder ihm solche auferlegt, die von denjenigen abweichen, die mit einem unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen Gewinne, die eines der beiden Unternehmen üblicherweise erzielt hätte, aber wegen dieser Bedingungen nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß im Verhältnis zweier Unternehmen, an deren Geschäftsführung oder Vermögen dieselbe Person unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Artikel 6

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus dem Betrieb eines Unternehmens der Seeschifffahrt, der Binnenschifffahrt oder der Luftfahrt, das den Ort der Geschäftsleitung in einem der Vertragsstaaten hat, so steht das Besteuerungsrecht für die unmittelbar mit dem Betrieb der Seeschifffahrt, der Binnenschifffahrt oder der Luftfahrt zusammenhängenden Einkünfte nur dem Staate des Ortes der Geschäftsleitung zu, auch wenn sich in dem anderen Staat eine Betriebsstätte des Unternehmens befindet.

(2) Entsprechendes gilt für Eisenbahnunternehmen eines der beiden Staaten, die ihren Betrieb auf das Gebiet des anderen Staates ausdehnen. In dem anderen Staate gelegene Eisenbahnanschlußstrecken, die die tarifmäßige Länge von je 15 Kilometern überschreiten, sind jedoch ausgenommen.

Artikel 7

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus der Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die den Ort der Geschäftsleitung in dem anderen Staat hat, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte (Artikel 4).

Artikel 8

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus selbständiger Arbeit, die in dem anderen Staat ausgeübt wird oder ausgeübt worden ist, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Zu den Einkünfte aus selbständiger Arbeit gehören insbesondere die Einkünfte aus freien Berufen.

(2) Die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Staate liegt nur dann vor, wenn der freiberuflich Tätige seine Tätigkeit unter Benutzung einer ihm dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt. Diese Einschränkung gilt jedoch nicht für eine freiberuflich ausgeübte künstlerische, vortragende, sportliche oder artistische Tätigkeit.

(3) Artikel 4 Abs. 4 gilt sinngemäß.

(4) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten als Aufsichtsratsmitglied, als nicht geschäftsführendes Mitglied des Verwaltungsrats oder ähnlicher Organe Vergütungen von einem Unternehmen, das den Ort der Geschäftsleitung in dem anderen Staat hat, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Vergütungen.

Artikel 9

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die in dem anderen Staat ausgeübt wird, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte, soweit nicht Artikel 10 etwas anderes bestimmt.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die natürliche Person

1. sich nur vorübergehend, zusammen nicht mehr als 183 Tage im Lauf eines Kalenderjahres, in dem anderen Staat aufhält und

2. für ihre Tätigkeit von einem Arbeitgeber entlohnt wird, der seinen Wohnsitz in dem gleichen Staate wie die natürliche Person hat, und

3. ihre Tätigkeit nicht im Rahmen einer in dem anderen Staate befindlichen Betriebsstätte des Arbeitgebers ausübt.

(3) Absatz 1 gilt ferner nicht, wenn die natürliche Person

1. in dem einen Staat in der Nähe der Grenze ihren Wohnsitz und in dem anderen Staat in der Nähe der Grenze ihren Arbeitsort hat und

2. täglich von ihrem Arbeitsort an ihren Wohnsitz zurückkehrt (Grenzgänger).

(4) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, die von anderen als den in Artikel 10 bezeichneten Personen gewährt werden, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 10

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten Einkünfte aus Löhnen, Gehältern und ähnlichen Vergütungen oder aus Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen, die der andere Staat oder Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und andere juristische Personen des öffentlichen Rechts

des anderen Staates für eine gegenwärtige oder frühere Dienst- oder Arbeitsleistung gewähren, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Das gleiche gilt für Bezüge, die gezahlt werden

1. aus der gesetzlichen Sozialversicherung;
2. auf Grund gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln versorgungshalber an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und ihnen gleichgestellte Personen;
3. auf Grund gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln an politisch Verfolgte.

Artikel 11

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten aus dem anderen Staat Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen, so hat unbeschadet des Artikels 3 Abs. 3 der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Soweit in dem anderen Vertragstaate die Steuer von inländischen Kapitalerträgen im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben wird, wird das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs durch Absatz 1 nicht berührt. Die Steuer, die im Abzugsweg von Zinsen für Obligationen mit Ausnahme solcher für Wandelanleihen und Gewinnobligationen erhoben wird, ist auf Antrag zu erstatten.

(3) Soweit die von dem anderen Staat im Abzugsweg erhobene Steuer nicht nach Absatz 2 zu erstatten ist und soweit die Einkünfte nach Absatz 1 auch im Wohnsitzstaate besteuert werden, ist die im Abzugsweg erhobene Steuer auf Antrag des Gläubigers vom Wohnsitzstaat auf seine Steuer für diese Einkünfte anzurechnen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten eine Betriebstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte (Artikel 4).

Artikel 12

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten aus dem anderen Staat Einkünfte aus Lizenzgebühren und anderen Vergütungen für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten, Patenten, Gebrauchsmustern, Herstellungsverfahren, Warenzeichen oder ähnlichen Rechten (außer Rechten, die die Ausbeutung von Grund und Boden betreffen), so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Soweit jedoch derartige Vergütungen mißbräuchlich vereinbart worden sind, bleibt das Besteuerungsrecht des anderen Staates unberührt.

(2) Wie Lizenzgebühren werden Mietgebühren und ähnliche Vergütungen für die Überlassung kinematographischer Filme oder für die Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen behandelt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten eine Betriebstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte (Artikel 4).

Artikel 13

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der Vertragstaaten Einkünfte, für die in den vorhergehenden Artikeln keine Regelung getroffen ist, so hat dieser Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Studenten, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre, die sich in einem der Vertragstaaten nur zu Studien- oder Ausbildungszwecken aufhalten, werden von diesem Staate wegen der Bezüge, die sie von Personen des anderen Staates in Form von Unterhalts-, Studien- oder Ausbildungsgeldern empfangen, nicht besteuert.

Artikel 14

(1) Das Besteuerungsrecht für Vermögen einer Person, soweit es aus

- a) unbeweglichen Vermögen (einschließlich des Zubehörs),
- b) durch Pfandrecht an einem Grundstück gesicherten Forderungen,
- c) gewerblichen Unternehmen einschließlich der Unternehmen der Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt sowie der Eisenbahnunternehmen,
- d) Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient,

in einem der Vertragstaaten besteht, hat der Staat, der das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen hat.

(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer Person hat der Vertragstaat, in dem die Person ihren Wohnsitz hat.

Artikel 15

(1) Der Wohnsitzstaat hat kein Besteuerungsrecht, wenn es in den vorhergehenden Artikeln dem anderen Vertragstaate zugewiesen worden ist.

(2) Wenn der Wohnsitzstaat nach den vorhergehenden Artikeln das Besteuerungsrecht hat, so darf der andere Vertragstaat kein Besteuerungsrecht ausüben. Artikel 11 Abs. 2 und Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 bleiben unberührt.

(3) Absatz 1 schließt nicht aus, daß der Wohnsitzstaat die Steuern von den ihm zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögensteilen nach dem Satz erheben kann, der dem Gesamteinkommen oder dem Gesamtvermögen der steuerpflichtigen Person entspricht.

Artikel 16

Wenn eine Person in jedem der Vertragstaaten einen Wohnsitz hat, so ist, soweit sich das Besteuerungsrecht nach dem Wohnsitz richtet, der Wohnsitz maßgebend, zu dem die stärksten persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen bestehen (Mittelpunkt der Lebensinteressen). Wenn dies nicht festzustellen ist, werden die obersten Finanzbehörden der Vertragstaaten sich nach Artikel 21 verständigen.

Artikel 17

(1) Für die diplomatischen, konsularischen und besonderen Vertreter jedes der Vertragstaaten gelten die folgenden besonderen Vorschriften:

Die Vertreter werden, sofern sie Berufsbeamte sind, im Empfangstaate zu Steuern im Sinne dieses Abkommens nur herangezogen, soweit es sich um die in den Artikeln 3, 4, 6 und 7 bezeichneten Einkünfte und das in Artikel 14 Abs. 1 aufgeführte Vermögen handelt oder soweit die Steuer im Abzugsweg (an der Quelle)

erhoben wird. Das gleiche gilt für die diesen Vertretern zugewiesenen Beamten und die in ihrem und ihrer Beamten Dienst stehenden natürlichen Personen.

(2) Absatz 1 gilt nur, soweit die genannten Personen Angehörige des Entsendestaates sind und außerhalb ihres Amtes oder Dienstes im Empfangstaate keinen Beruf, kein Gewerbe und keine andere, nicht nur gelegentliche gewinnbringende Tätigkeit ausüben.

(3) Für Wahlkonsuln (Honorarkonsuln) gelten die Absätze 1 und 2 nicht. Wahlkonsuln (Honorarkonsuln), die nur die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, werden mit ihren dienstlichen Bezügen, die sie als Entgelt für ihre Tätigkeit als Konsuln genießen, im Empfangstaate zu Steuern vom Einkommen nicht herangezogen.

(4) Soweit nach diesem Artikel Einkünfte und Vermögen im Empfangstaate nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

Artikel 18

Artikel 17 Absätze 1, 2 und 4 gelten entsprechend für die im Dienste der Zoll- und Eisenbahnverwaltungen oder im Grenzpolizeidienst eines der beiden Staaten stehenden Personen, die bei einer in dem anderen Staate befindlichen Dienststelle ihrer Verwaltung beschäftigt werden und deshalb dort wohnen, sowie für ihre mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen und Hausbediensteten, soweit die bezeichneten Personen Angehörige des Entsendestaates sind.

Artikel 19

(1) Weist eine Person nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der Vertragsstaaten für sie die Wirkung einer Doppelbesteuerung gehabt haben, die den Grundsätzen dieses Abkommens widerspricht, so kann sie sich, unbeschadet eines innerstaatlichen Rechtsmittels, an die oberste Finanzbehörde des Vertragsstaates wenden, in dem sie ihren Wohnsitz hat.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so soll die nach Absatz 1 zuständige oberste Finanzbehörde versuchen, sich mit der obersten Finanzbehörde des anderen Staates zu verständigen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Artikel 20

Die obersten Finanzbehörden der Vertragsstaaten werden sich die Mitteilungen machen, die nach den Steuergesetzen der beiden Vertragsstaaten verlangt werden können und die erforderlich sind, um dieses Abkommen durchzuführen, insbesondere um Steuerverkürzungen zu verhindern. Der Inhalt dieser Mitteilungen ist geheim zu halten und nur solchen Personen zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken.

Artikel 21

(1) Die obersten Finanzbehörden der Vertragsstaaten können bei der Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten, sowie zur Beseitigung von Härten

auf Grund einer Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, und vor Erlaß von Durchführungsbestimmungen in den Vertragstaaten werden sich die obersten Finanzbehörden gegenseitig ins Einvernehmen setzen.

Artikel 22

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 23

(1) Dieses Abkommen ist erstmalig auf die Steuern anzuwenden, die für die Zeit vom 1. Januar 1955 an erhoben werden.

(2) Für die Steuern, die für die Zeit bis zum 31. Dezember 1954 erhoben werden, sind der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich vom 23. Mai 1922 zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung, insbesondere zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern sowie das Zusatzabkommen zu diesem Vertrag vom 11. September 1937 weiterhin anzuwenden.

Artikel 24

Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Wien ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt so lange in Geltung, als es nicht von einem der Vertragstaaten gekündigt wird. Wird mindestens drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres gekündigt, so verliert das Abkommen mit dem 1. Januar des nächstfolgenden, andernfalls mit dem 1. Januar des zweitfolgenden Jahres seine Wirksamkeit.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Staaten dieses Abkommen unterfertigt und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN in doppelter Urschrift zu Bonn am 4. Oktober 1954.

Für die Republik Österreich:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

Für die Bundesrepublik Deutschland:

W. MERSMANN

SCHLUSSPROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärung abgegeben, die einen integrierenden Teil des Abkommens selbst bildet:

Zu Artikel 1

1. Der Begriff „Person“ im Sinne dieses Abkommens umfaßt sowohl natürliche als auch juristische Personen. Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die als solche der Besteuerung wie eine juristische Person unterliegen, gelten im Sinne dieses Abkommens als juristische Personen.

2. Den gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne dieses Abkommens hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er an diesem Ort oder in diesem Land nicht nur vorübergehend verweilt.

Zu Artikel 2

3. Die obersten Finanzbehörden im Sinne dieses Abkommens sind in der Bundesrepublik Deutschland der Bundesminister der Finanzen, in der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen.

4. Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten werden sich ins Einvernehmen setzen, wenn Zweifel entstehen sollten, auf welche künftigen Steuern das Abkommen anzuwenden ist. Es besteht Übereinstimmung zwischen den Vertragsstaaten, daß sich das Abkommen nicht auf einmalige Steuern vom Vermögen oder Vermögenszuwachs erstrecken soll.

Zu Artikel 3

5. Artikel 3 gilt auch für Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts der Vertragsstaaten über Grundstücke unterliegen.

6. Es besteht Übereinstimmung zwischen den Vertragsstaaten, daß unter Einkünften, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden, auch Einkünfte aus der Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes und Spekulationsgewinne, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen anfallen, zu verstehen sind. Wiederkehrende Bezüge, die auf der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen beruhen, aber nur wegen der dabei eingehaltenen Rentenform steuerpflichtig sind, fallen nicht unter diese Vorschrift.

7. Absatz 3 gilt für Forderungen, die unmittelbar oder mittelbar durch Pfandrecht an einem Grundstück gesichert sind. Zu solchen Forderungen gehören Obligationen auch dann nicht, wenn sie durch unbewegliches Vermögen gesichert sind. Als Pfandrechte gelten Hypotheken und andere Grundpfandrechte.

Zu Artikel 4

8. Betriebstätten sind Zweigniederlassungen, Geschäftsstellen, Fabriken, Werkstätten, Lagerhäuser, Bergwerke, Steinbrüche oder andere Stätten der Ausbeutung von Grund und Boden, dauernde Verkaufsausstellungen; ferner Bauausführungen, Montagen und dergleichen, deren Dauer zwölf Monate überschritten hat oder voraussichtlich überschreiten wird, und andere ständige Geschäftseinrichtungen.

9. Unbeschadet der Vorschriften in Nummer 10 gelten nicht als Betriebstätten:

- a) die gelegentliche oder zeitlich beschränkte Benutzung bloßer Stapelgelegenheiten;
- b) das bloße Unterhalten eines Warenlagers, auch in einem Lagerhaus, zu Auslieferungs-, nicht aber zu Ausstellungszwecken;
- c) das bloße Unterhalten einer ständigen Geschäftseinrichtung ausschließlich für den Einkauf von Gütern und Waren.

10. Ständige Vertretungen werden als Betriebstätten behandelt, wenn

- a) ein Vertreter oder Angestellter eine allgemeine Vollmacht zu Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen für ein Unternehmen besitzt und diese Vollmacht gewöhnlich in dem anderen Staat auch ausübt, oder
- b) ein Vertreter oder Angestellter über ein Warenlager verfügt, von dem er regelmäßig Bestellungen für das Unternehmen ausführt, oder
- c) ein Kommissionär, Makler oder ein anderer unabhängiger Vertreter über den Rahmen seiner ordentlichen Geschäftstätigkeit hinaus in einem der Vertragsstaaten Geschäftsbeziehungen für ein Unternehmen des anderen Staates unterhält.

11. Die Tatsache, daß eine Gesellschaft mit Wohnsitz in einem der Vertragsstaaten eine Tochtergesellschaft besitzt, die in dem anderen Staat ihren Wohnsitz hat oder dort Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein die Tochtergesellschaft nicht zur Betriebstätte ihrer Muttergesellschaft.

12. Bei der Festsetzung der aus der Tätigkeit einer Betriebstätte erzielten Einkünfte nach Artikel 4 Abs. 2 ist grundsätzlich von der Bilanz der Betriebstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden.

13. In besonders gelagerten Fällen kann bei der Zuweisung der Einkünfte nach Artikel 4 Abs. 2 eine Aufteilung des Gesamtgewinnes des Unternehmens vorgenommen werden; bei Versicherungsunternehmen ist in solchen Fällen als Maßstab das Verhältnis der Rohprämieinnahmen der Betriebstätte zu den gesamten Rohprämieinnahmen des Unternehmens zugrunde zu legen. Die Finanzbehörden der Vertragsstaaten sollen sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt gegenseitig verständigen, wenn dies für die Zuweisung der Einkünfte im einzelnen Fall erforderlich ist.

14. Das Besteuerungsrecht für die von der Lohnsumme erhobene Gewerbesteuer steht dem Staate zu, der zur Erhebung der Gewerbesteuer vom Ertrag berechtigt ist.

Zu den Artikeln 4, 6 und 11

15. Wie ein Unternehmer wird ein stiller Gesellschafter behandelt, wenn mit seiner Einlage eine Beteiligung am Vermögen des Unternehmens verbunden ist. Ist dies nicht der Fall, so werden die Einkünfte aus der Beteiligung als stiller Gesellschafter als Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen (Artikel 11) behandelt.

16. Einkünfte aus Aktien, Kuxen, Anteilscheinen und sonstigen Wertpapieren sowie aus Anteilen an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung werden nicht als Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, sondern als Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen (Artikel 11) behandelt.

Zu Artikel 6

17. Artikel 6 gilt auch, wenn der Betrieb mit gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird. Er gilt ebenfalls für Agenturen, soweit die Tätigkeit der Agentur unmittelbar mit dem Betrieb oder dem Zubringerdienst zusammenhängt.

18. Artikel 6 gilt auch für Beteiligungen von Luftfahrtunternehmen an einem Pool oder an einer Betriebsgemeinschaft.

Zu Artikel 7

19. Eine wesentliche Beteiligung ist gegeben, wenn der Veräußerer allein oder mit seinen Angehörigen an der Kapitalgesellschaft zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar innerhalb der letzten fünf Jahre beteiligt war.

Zu Artikel 8

20. Zu den freien Berufen gehören insbesondere die wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erziehende Tätigkeit, die Berufstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte und Notare, der Ingenieure, der Architekten, der Handelschemiker, der Dentisten, der Landmesser, der Wirtschaftsprüfer, der Steuerberater, der Buchsachverständigen und ähnlicher Berufe.

21. Absatz 4 gilt nur für Vergütungen, die für eine beaufsichtigende Tätigkeit gewährt werden. Vergütungen für eine andere Tätigkeit sind nach Artikel 9 oder Artikel 10 zu behandeln.

Zu Artikel 9

22. Als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten: Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige Bezüge, geldwerte Vorteile und Entschädigungen der im privaten Dienst beschäftigten natürlichen Personen, die von anderen als den in Artikel 10 bezeichneten Personen gewährt werden.

23. Ist der Arbeitgeber eine Personengesellschaft, so gilt als Wohnsitz im Sinne des Artikels 9 Abs. 2 Ziff. 2 der Ort der Geschäftsleitung.

24. Als Nähe der Grenze gilt die Lage in einer Zone von je 30 Kilometern beiderseits der Grenze.

25. Artikel 9 Abs. 1 gilt nicht für Studenten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen in dem anderen Staate nicht mehr als 183 Tage im Lauf eines Kalenderjahres beschäftigt werden, um die notwendige praktische Ausbildung zu erhalten.

Zu Artikel 10

26. Bezüge im Sinne des Artikels 10 Abs. 2 Ziff 3 sind:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland Geldrenten, Kapitalentschädigungen und Leistungen im Heilverfahren, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Schaden an Leben, Körper, Gesundheit und durch Freiheitsentzug gewährt werden;
- b) in der Republik Österreich die den Opfern des Kampfes für ein freies demokratisches Österreich auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften geleisteten Renten und Entschädigungen für entstandene Haft und Gerichtskosten sowie

Entschädigungen, die wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst gewährt werden.

Zu Artikel 11

27. Für den Nachweis der von dem anderen Staat im Abzugsweg erhobenen Steuer genügt die Vorlage einer Abrechnung der Stelle, die die Kapitalerträge ausgezahlt hat.

Zu Artikel 17

28. Artikel 17 berührt nicht den Anspruch auf etwaige weitergehende Befreiungen, die nach allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder besonderen Vereinbarungen den diplomatischen oder konsularischen Beamten zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen Einkünfte und Vermögen im Empfangstaate nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaate vorbehalten.

Zu Artikel 23

29. Unter Artikel 23 Abs. 2 fallen auch einmalige Steuern vom Vermögen oder Vermögenszuwachs.

GESCHEHEN in doppelter Urschrift zu Bonn am 4. Oktober 1954.

Für die Republik Österreich:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

Für die Bundesrepublik Deutschland:

W. MERSMANN

[TRANSLATION — TRADUCTION]

**AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE AVOIDANCE
OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON
INCOME AND FORTUNE AND TO BUSINESS TAXES AND
LAND TAXES**

The Republic of Austria and the Federal Republic of Germany, desiring to conclude an Agreement with respect to taxes on income and fortune and to business taxes and land taxes, have agreed to conclude the following Agreement. For that purpose they have appointed as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria:

Sektionschef Dr. J. Stangelberger and
Ministerialrat Dr. O. Watzke
of the Federal Ministry of Finance.

The President of the Federal Republic of Germany:

Ministerialdirektor of the Federal Ministry of Finance W. Mersmann.

The plenipotentiaries, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

Article 1

(1) The purposes of this Agreement shall be to prevent individuals and bodies corporate, domiciled in one or both of the Contracting States, from being called upon to pay double taxation (including surtaxes) which should be avoided under the laws of the two Contracting States, or levied directly on income or fortune or business or land on behalf of the Contracting States or of their *Länder*, communes or associations of communes.

(2) For the purposes of this Agreement, an individual shall be deemed to be domiciled in the Contracting State in which he possesses a dwelling in circumstances such as to justify the presumption that he will retain and use such dwelling. Where an individual does not possess a dwelling in either of the Contracting States, such habitual residence shall be deemed to be his domicile.

(3) For the purposes of this Agreement, a body corporate shall be deemed to be domiciled where its place of business management is situated; if it has no such place in either Contracting State, it shall situate its business management in its head office.

Article 2

(1) The following shall be regarded as taxes within the meaning of this Agreement:

¹ Came into force on 7 September 1955 by the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna, in accordance with article 24.

1. In the Federal Republic of Germany:

- (a) The income tax;
- (b) The corporation tax;
- (c) The Berlin emergency contribution;
- (d) The tax on fortune;
- (e) The business tax;
- (f) The land tax;

2. In the Republic of Austria:

- (a) The income tax;
- (b) The corporation tax;
- (c) The tax on fortune;
- (d) The contribution from income for the promotion of residential building and for the equalization of family burdens;
- (e) The tax on directors' fees;
- (f) The business tax;
- (g) The land tax.

(2) This Agreement shall also apply to any other taxes of the same or of like nature introduced in either of the Contracting States after its signature.

(3) The chief financial authorities of the Contracting States shall brief each other on the introduction of new taxes, on important changes or on the termination of current taxes which are affected by this Agreement.

Article 3

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives income from real property (including appurtenances) which is situated in the other State, the said income shall be taxable by the latter State.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply both to income derived from the direct use of immovable property (including agricultural and subsidiary forest enterprises), in particular fixed or variable compensation for the use of real property and from the alienation of immovable property.

(3) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives income from claims secured by mortgages or other liens on real property situated in the other State, the said income shall be taxable by the latter State.

(4) The assets of the enterprise shall also belong to the immovable property.

Article 4

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives income, as owner or partner, from a business enterprise whose activities extend to the territory of the other State, the said income shall be taxable by the latter State only in so far as it is attributable to a permanent establishment of the enterprise which is situated in its territory.

(2) In this connection, the income to be attributed to a permanent establishment shall be that which would have accrued to it if it had been an independent enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and had carried on its activities as an independent enterprise.

(3) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business in which an enterprise carries on all or part of its activities.

(4) The provisions of paragraph (1) shall apply both to income derived from the direct administration and use of the business enterprise and to income derived from the lease or use in any other form thereof; they shall also apply to income derived from the alienation of an entire business, of a part of a business, of a share in the enterprise or of an object used in the business.

Article 5

(1) Where an enterprise of one of the Contracting States, by virtue of its participation in the management or financial structure of an enterprise of the other State, arranges with or imposes upon that enterprise economic or financial conditions differing from those which would be arranged with an independent enterprise, any income which would normally have accrued to one of the two enterprises but which by reason of those conditions has not so accrued may be included in the income of that enterprise and taxed accordingly.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply as appropriate to the relationship between two enterprises in whose management or assets one and the same person participates directly or indirectly.

Article 6

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives income from the operation of an enterprise of maritime shipping, inland shipping or aircraft services which has its place of actual management in one of the Contracting States, the said income directly connected with the operation of maritime transport, inland shipping or aircraft services shall be taxable only by the State of the place of management, even if there is a permanent establishment of the enterprise in the other State.

(2) The corresponding provision shall apply to railway enterprises of one of the two States which extend their operation into the territory of the other State. However, rail-connected stretches, situated in the other States each exceeding the standard length of 15 kilometres, shall be accepted.

Article 7

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives income from the alienation of a substantial participation in a corporation which has its place of actual management in the other State, the said income shall be taxable by the State in which the enterprise is situated.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply where a person domiciled in one of the Contracting States has a permanent establishment in the other State and derives income from the said establishment. In such a case, the said income shall be taxable by the other State (article 4).

Article 8

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives income from self-employment being, or having been, carried out in the other State, then said income shall be taxable by the other State. Income from professions shall be deemed to include, self-employment in particular.

(2) A person shall not be considered to be a professional in the other State unless in the exercise of his occupation he makes use of permanent facilities regularly available to him there. This restriction shall not, however, apply to self-employment, e.g. for artists, performers, athletes or artistes.

(3) The provisions of article 4, paragraph (4), shall apply as appropriate.

(4) Where an individual domiciled in one of the Contracting States receives from a body corporate domiciled in the other State fees as a member of a board of directors or board of management or as a non-managing member of the governing body or of a similar institution, the said fees shall be taxable by the other State.

Article 9

(1) Where an individual domiciled in one of the Contracting States derives income from present or past employment in the other State, the said income shall be taxable by the latter State unless the provisions of article 10 otherwise apply.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not apply where:

1. The individual is present in the other State only temporarily for not more than 183 days in one calendar year, and

2. The remuneration for his work is not charged against an employee domiciled in the same State as that of the said individual, and

3. Does not work for a permanent establishment of the employer in the other State.

(3) The provisions of paragraph (1) shall not apply any further, where the individual

1. Is domiciled in one State close to the frontier and has his place of employment close to the frontier in the other State and

2. Goes daily to and from between his place of work and his domicile (as a frontier commuter).

(4) Where an individual domiciled in one of the Contracting States receives half-pay, a retirement pension, a widow's or orphan's pension, and other emoluments or any similar recurrent payments or benefits in money's worth in respect of past services, which are granted by persons other than those specified in article 10, the income in question shall be taxable by the State in which the recipient is domiciled.

Article 10

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States receives income from wages, salaries and similar remuneration or a retirement, pension, widow's or orphan's pension paid by the other State or by *Länder*, communes, associations of communes and other public corporations of the other State for present or past services, the said income shall be taxable by the other State.

- (2) The foregoing shall apply also to emoluments which are paid
 1. By the statutory social insurance scheme;
 2. Pursuant to statutory regulations from public funds to provide for war-disabled, dependent war veterans and persons of the same status;
 3. Pursuant to statutory regulations from public funds for victims of political prosecution.

Article 11

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States receives income from personal property, the said income shall be taxable by the other State of domicile notwithstanding article 3, paragraph (3).

(2) Insofar as the tax on domestic capital income is collected at the source, the right to levy the tax in advance shall not be affected pursuant to paragraph 1. The tax collected at source on interest for bonds other than convertible and profit-sharing bonds shall be returned on request.

(3) Insofar as the tax collected at the source by the other State is not collected pursuant to paragraph 2 is not returned and insofar as the income according to paragraph 1 is also taxed in the State of residence, the tax collected at source by request of the creditor of the State of residence shall be charged to the tax thereof for such income.

(4) Paragraphs 1 to 3 shall not apply where a person domiciled in one of the Contracting States has a permanent establishment in the other State and the income shall be obtained through the permanent establishment. In this case the said income shall be taxable by the other State (article 4).

Article 12

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States derives from the other State income from royalties and other remuneration paid as consideration for the use of, or for the right to use, copyrights, patents, registered designs, manufacturing processes, trademarks or similar rights (other than rights pertaining to the exploitation of natural resources), the said income shall be taxable by the other State.

(2) Rentals and like payments in respect of the hire of cinematograph films (including films used for television broadcasts) or for the use of industrial, commercial or scientific equipment or industrial information shall be treated as royalties.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall not apply where a person domiciled in one of the Contracting States has a permanent establishment in the other State and realizes the interest through such establishment. In this case the said interest shall be taxable by the other State (article 4).

Article 13

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States receives income, the right to impose tax on which it is not regulated in the preceding articles, the said income shall be taxable by that State.

(2) A student, business or other apprentice or unsalaried trainee from one of the Contracting States who is present in the other State for the sole purpose of study

or training shall not be taxed by the latter State in respect of sums which he receives from outside that State for his maintenance, study or training.

Article 14

(1) Where the property of a person domiciled in one of the Contracting States consists of:

- (a) Immovable property (including accessories thereto),
- (b) Claims secured by liens on immovable property,
- (c) Business enterprises including maritime transport, inland shipping, aircraft services and railway enterprises.
- (d) Property used for practising a profession.

In one of the Contracting States, the said property shall be taxable by the State which is entitled to tax the income derived therefrom.

(2) Other property belonging to a person domiciled in one of the Contracting States shall be taxable by the State of domicile.

Article 15

(1) The State of domicile shall have no right to tax if, in the foregoing articles, such right has been assigned to the other State.

(2) Where, pursuant to the foregoing articles, the State of domicile has the right to tax, the other Contracting State shall not exercise such right. Article 11, paragraph (2) and article 12, paragraph (1), second sentence, shall remain unaffected.

(3) Paragraph (1) shall not preclude the State of domicile from raising taxes on the income and properties left thereto for taxing at the rate corresponding to the total income and total property of the taxable person.

Article 16

Should an individual or body corporate have a domicile in each of the Contracting States, then, insofar as the right to tax is determined by the domicile, the rule shall be to decide on the domicile which has the closest personal and economic relations (the centre of vital interests). If this is not established, the chief financial authorities of the Contracting States shall come to an understanding in accordance with article 21.

Article 17

(1) The following special provisions shall apply to the diplomatic, consular and representatives of each of the Contracting States:

The representatives, in their capacity as officials, shall be taxable in the receiving State within the meaning of this Agreement in respect of the incomes specified in articles 3, 4, 6 and 7 and the property listed in article 14, paragraph (1), or to the extent that the tax is levied by withholding. The foregoing shall apply to the representatives appointed as officials and to natural persons in their service and in the service of their officials.

(2) Paragraph 1 shall apply, so long as the said persons are members of the sending State and outside their office or service in the receiving State and do not exercise any profession, trade or any other not only occasional gainful activity.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall not apply to honorary counsels. Honorary consuls who possess only the nationality of the sending State shall, with their official emoluments which they enjoy as remuneration for their work as consuls, not be taxed on income in the receiving State.

(4) Where, pursuant to this article, income and property are not taxed in the receiving State, the right of taxation shall be reserved to the sending State.

Article 18

The provisions of article 17, paragraphs 1, 2 and 4, shall apply appropriately to persons assigned to the customs and railway administrations or in the service of the frontier police who are stationed in a post of their administration in the other State and therefore live there, as well as for their relations living in marital cohabitation and domestic servants, insofar as the said persons are citizens of the sending State.

Article 19

(1) Where a person domiciled in one of the Contracting States shows proof that the action of the taxation authorities of the Contracting States has resulted in his case in double taxation contrary to the principles of this Agreement, he shall be entitled, without prejudice, to such legal remedies as may be open to him under national law, to apply to the chief financial authority of the State in which he is domiciled.

(2) If the application is allowed, the authority competent under paragraph (1) shall endeavour to come to an agreement with the highest authority of the other State with a view to the avoidance of double taxation.

Article 20

The chief financial authorities of the Contracting States shall exchange such information which, under the tax laws of the two Contracting States, may be required and which are necessary for carrying out this Agreement, especially to prevent tax evasion. Information communicated shall be treated as secret and may be disclosed to persons who are statutorily concerned with the extension and correction of the taxes which are the subject of this Agreement.

Article 21

(1) The chief financial authorities of the Contracting States may, in dealing with questions arising from this Agreement, exchange directly with each other.

(2) In order to eliminate difficulties and doubts which may arise in interpreting or applying this Agreement and to avoid cases of hardship and double taxation which are not regulated in this Agreement, the chief financial authorities shall reach mutual agreement prior to enacting implementing regulations in the Contracting States.

Article 22

This Agreement shall apply also to *Land Berlin* unless the Government of the Federal Republic of Germany issues a declaration to the contrary to the Republic of Austria within three months after entry into force of the Agreement.

Article 23

(1) This Agreement shall first apply to the taxes which have been levied from the period of 1 January 1955 onwards.

(2) The Treaty of 23 May 1922 between the German Reich and the Republic of Austria for the equal distribution of taxes at home and abroad, and in particular for the prevention of double taxation in the field of direct taxation,¹ and the supplementary Agreement to the said Treaty of 11 September 1937 henceforth to be applied to taxes which were levied for the period until 31 December 1954.

Article 24

This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Vienna. The Agreement shall enter into force on the day of the exchange of the instruments of ratification and shall remain in force so long as it has not been terminated by one of the Contracting States. If the Agreement is terminated for at least three months before the end of a calendar year, it shall cease to have effect on the first day of January of the next year or otherwise on the first day of January of the second following year.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two States have signed this Agreement and have thereto affixed their seals.

DONE at Bonn, in duplicate on 4 October 1954.

For the Republic of Austria:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

For the Federal Republic of Germany:

W. MERSMANN

¹ League of Nations, *Treaty Series*, vol. XXVI, p. 405.

FINAL PROTOCOL

Today, on the occasion of signing the Agreement between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and fortune and to business taxes and land taxes, the signatory plenipotentiaries have submitted the following agreed declaration which shall constitute an integral part of the Agreement:

Ad article 1

1. For the purposes of this Agreement the term "person" shall include both individuals and bodies corporate. Bodies corporate shall be deemed to include any associations or any assets which are subject to taxation as bodies corporate.

2. For the purposes of this Agreement, anyone who has normal residence wherein he stays in circumstances which indicate that he is not staying only temporarily in this country.

Ad article 2

3. For the purposes of this Agreement, the chief financial authorities shall be the Federal Minister of Finance in the Federal Republic of Germany and the Federal Ministry of Finance in the Republic of Austria.

4. The chief financial authorities of both Contracting States shall reach agreement if doubts arise as to which future taxes the Agreement applies. The Contracting States shall concur that the Agreement shall not extend to non-recurrent taxes on fortune or increased fortune.

Ad article 3

5. Article 3 shall apply also to laws which shall be subject to civil law provisions of the Contracting States concerning real property.

6. The Contracting States shall concur that income derived from the direct use of immovable property shall include income from the direct use of agricultural and subsidiary forest enterprises, and speculative profits derived from the direct use of immovable property are to be understood. Recurrent emoluments based on the alienation of immovable property but are taxable only pursuant to the resultant annuity formula shall not be subject to this provision.

7. Paragraph 3 shall apply to claims which are directly secured by liens on real property. Bonds shall also then not be applicable to such claims if they are secured by immovable property. Mortgages and other liens shall be valid as rights *in rem*.

Ad article 4

8. The following shall be permanent establishments: offices, factories, workshops, warehouses, mines, quarries or other places for exploiting land, permanent sales exhibitions; including constructions, installations and the like, which have lasted more than 12 months or are likely to last that period, and other permanent business establishments.

9. Regardless of the provisions in item 10 below, the following shall not count as permanent establishments:

- (a) The occasional or time-limited use of mere job lots;
- (b) Mere maintenance of a stock-room, even in a warehouse, for purposes of delivery but not of display;

(c) Mere maintenance of a permanent business establishment exclusively for purchasing goods and commodities.

10. Permanent agencies shall be considered as permanent establishments, where

(a) The representative or employee has a comprehensive authority to negotiate and conclude agreement for an enterprise and also exercises such authority usually in the other State, or

(b) A representative or employee has at his disposal a stock-room from which he regularly executes orders for the enterprise, or

(c) A commission agent, broker or another independent representative, over and above the scope of his normal business activities, carries out business relations in one of the Contracting States for an operation of the other State.

11. The fact that a company resident in one of the Contracting States owns a subsidiary company which is a resident in the other State or maintains business relations shall not imply that the subsidiary company belongs to the permanent establishment of its parent company.

12. The income derived from the activities of a permanent establishment shall as a general rule be determined from the balance-sheet of the permanent establishment. In this connection, account shall be taken of all expenditure that is attributable to the permanent establishment, including business management and general administrative expenses of the enterprise, but excluding interest or royalties.

13. In special cases, the income may be determined by allocating the income, in accordance with article 4, paragraph (2), by dividing up the total profits of the enterprise. For insurance enterprises, the coefficient applied in such cases may be the ratio between the gross premium receipts of the permanent establishment and the total gross premium receipts of the enterprise. The financial authorities of the Contracting States shall reach agreement as soon as possible where such agreement is necessary for the allocation of income in any particular case.

14. The right of taxation for the business tax levied in respect of total wages and salaries shall be that of the State which is entitled to levy the tax on income.

Ad articles 4, 6 and 11

15. A silent partner shall be treated as an entrepreneur if he is bound by his contribution to a participation in the assets of the enterprise. If this is not the case, the income from the participation as a silent partner shall be treated as income from personal property (article 11).

16. Shares, mining shares, investment certificates and other securities from investments in cooperatives and limited liability companies shall not be treated as income from a business enterprise but as income from personal property (article 11).

Ad article 6

17. The provisions of article 6 shall apply also where chartered vehicles are operated. The same shall apply to agencies where the agency operation is directly connected with the operation or with the commuter service.

18. The provisions of article 6 shall apply also for participation of aircraft enterprises in a pool of an operating company.

Ad article 7

19. A substantial participation shall be given if the transferor alone or with his relatives had a share of over one quarter indirectly or directly within the last five years in the corporation.

Ad article 8

20. The activities shall consist of the following in particular: science, arts, writing, teaching and education; the professions of doctors, lawyers and notaries, engineers, architects, commercial chemists, dentists, surveyors, chartered accountants, tax consultants, commercial book specialists and the like.

21. Paragraph 4 shall apply only to fees which are paid for supervisory occupations. Fees for other occupations shall be covered in article 9 or article 10.

Ad article 9

22. The following shall be income from employment: salaries, payments, wages, percentages of profits, bonuses or other emoluments, advantages and compensation in money's worth of individuals in private service other than those specified in article 10.

23. Where a partnership consists of the employer, the management shall be deemed to be his place of residence for the purposes of article 9, paragraph 2, subparagraph 2.

24. The term close to the frontier shall be deemed to mean situated in a zone of 30 kilometres on both sides of the frontier.

25. The provisions of article 9, paragraph (1), shall not apply to students who, against payment in an enterprise in the other State, are employed for not more than 183 days in the course of one calendar year in order to receive the necessary practical training.

Ad article 10

26. For the purposes of article 10, paragraph (2), subparagraph 3, remuneration shall be as follows:

- (a) In the Federal Republic of Germany, periodical payments, compensatory awards and payments for therapy shall be granted, pursuant to statutory provisions, for righting the national-socialist illegality, for damage to life, the body, and health and for deprivation of liberty;
- (b) In the Republic of Austria, annuities shall be paid, pursuant to special statutory provisions, for the sacrifices suffered in the fight for a free democratic Austria, and compensation shall be given for detention suffered and court costs owing to political disciplinary measures in the public service.

Ad article 11

27. As evidence of the tax levied at source by the other State it shall be sufficient to present a statement of account in the place where the capital income was paid.

Ad article 17

28. Article 17 shall not affect the claim for some more extensive privileges to which diplomatic and consular officials are entitled under the general rules of international law or special agreements. On the basis of some more extensive privileges,

so long as income and property are not taxed in the receiving State, the taxation shall remain entitled to the sending State.

Ad article 23

29. Single capital or growth-of-capital taxes shall also be included under article 23, paragraph (2).

DONE at Bonn, in duplicate on 4 October 1954.

For the Republic of Austria:

Dr. J. STANGELBERGER

Dr. O. WATZKE

For the Federal Republic of Germany:

W. MERSMANN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE TENDANT À ÉVITER LES DOUBLES IMPOSITIONS EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE, DE CONTRIBUTIONS DES PATENTES ET D'IMPÔTS FONCIERS

La République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, désireuses d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, de contributions des patentes et d'impôts fonciers, ont décidé de conclure la Convention ci-après. A cet effet, elles ont désigné pour leurs plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

M. J. Stangelberger, Chef de section, et
M. O. Watzke, Conseiller
du Ministère fédéral des finances.

Le Président de la République fédérale d'Allemagne :

M. W. Mersmann, Directeur du Ministère fédéral des finances,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1) La présente Convention tend à éviter que des personnes qui sont des résidents des deux Etats contractants ou de l'un d'entre eux ne soient assujetties deux fois aux impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi qu'aux contributions des patentes et aux impôts fonciers (y compris les surtaxes) perçus directement, conformément à la législation de chacun des Etats contractants, pour le compte des Etats contractants ou de leurs *Länder*, communes ou syndicats de communes.

2) Aux fins de la présente Convention, une personne physique est réputée être un résident de celui des Etats contractants où elle occupe un logement dans des conditions qui permettent de conclure qu'elle le conservera et l'utilisera. Lorsqu'elle n'est un résident d'aucun des Etats contractants, elle est réputée domiciliée là où elle séjourne habituellement.

3) Aux fins de la présente Convention, une personne morale est réputée être un résident de l'Etat où se trouve la direction de ses affaires ou, lorsque le lieu de la direction de ses affaires ne se trouve dans aucun des Etats contractants, au lieu où se trouve son siège.

Article 2

1) Aux fins de la présente Convention, on entend par impôts :

1. Dans la République fédérale d'Allemagne :

¹ Entrée en vigueur le 7 septembre 1955 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne, conformément à l'article 24.

- a) L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);
- b) L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);
- c) L'impôt au titre de l'aide d'urgence à Berlin (*Notopfer Berlin*);
- d) L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*);
- e) La contribution des patentes (*Gewerbesteuer*);
- f) L'impôt foncier (*Grundsteuer*);

2. Dans la République d'Autriche :

- a) L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);
- b) L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);
- c) L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*);
- d) Les prélèvements sur le revenu au titre de l'aide à la construction de logements et de la péréquation des charges de famille (*Beiträge vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleichs*);
- e) L'impôt sur les jetons de présence et tantièmes attribués aux membres du Conseil de surveillance (*Aufsichtsratsabgabe*);
- f) La contribution des patentes (*Gewerbesteuer*);
- g) L'impôt foncier (*Grundsteuer*).

2) La présente Convention s'appliquera également à tous impôts de nature identique ou analogue qui seront institués dans l'un des Etats contractants après la signature de la présente Convention.

3) Les autorités fiscales supérieures des Etats contractants se tiendront mutuellement au courant des impôts nouveaux qui pourront être établis, ainsi que des modifications substantielles qui pourront être apportées aux impôts qui font l'objet de la présente Convention, ou de leur suppression.

Article 3

1) Les revenus qu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants tire de biens immobiliers (y compris les accessoires) situés dans l'autre Etat sont imposables dans cet autre Etat.

2) La disposition du paragraphe 1 s'applique aux revenus provenant de l'exploitation et de la jouissance directes, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation des biens immobiliers (y compris les exploitations agricoles et forestières accessoires), et en particulier aux redevances fixes ou variables perçues pour l'exploitation du sol et du sous-sol, ainsi qu'aux revenus provenant de l'aliénation de biens immobiliers.

3) Les revenus qu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants tire de créances garanties par un gage immobilier sur un bien-fonds sis dans l'autre Etat sont imposables dans cet autre Etat.

4) Les biens immobiliers comprennent également les valeurs immobilières.

Article 4

1) Les revenus qu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants tire en tant qu'exploitant ou coexploitant d'une entreprise dont les activités

industrielles ou commerciales s'exercent sur le territoire de l'autre Etat ne sont imposables dans ce dernier que dans la mesure où ils sont imputables à un établissement stable de l'entreprise qui est situé dans cet autre Etat.

2) Dans le cas précité, sont imputés à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3) Au sens de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

4) La disposition du paragraphe 1 s'applique aux revenus provenant de l'exploitation et de la jouissance directes, de la location ou de l'affermage et de toute autre forme d'exploitation de l'entreprise, ainsi qu'aux revenus provenant de l'aliénation totale ou partielle de l'entreprise, d'une participation à l'entreprise ou d'un objet utilisé dans l'entreprise.

Article 5

1) Lorsqu'une entreprise d'un des Etats contractants, du fait de sa participation à la direction ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat, fixe avec celle-ci ou lui impose des conditions économiques ou financières qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui auraient été normalement réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

2) La disposition du paragraphe 1 s'applique par analogie aux relations entre deux entreprises à la direction ou au capital desquelles la même personne participe directement ou indirectement.

Article 6

1) Les revenus qu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants tire directement de l'exploitation d'une compagnie de navigation maritime, intérieure ou aérienne dont le siège de direction effective est situé dans l'un des Etats contractants ne sont imposables que dans l'Etat où est situé le siège de direction effective, même si la compagnie possède dans l'autre Etat un établissement stable.

2) Cette disposition s'applique *mutatis mutandis* aux compagnies ferroviaires d'un des deux Etats dont les activités s'étendent sur le territoire de l'autre Etat, à l'exception des lignes de correspondance sises sur cet autre Etat qui excèdent la longueur réglementaire de 15 kilomètres.

Article 7

1) Les revenus qu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants tire de l'aliénation d'une participation substantielle à une société de capitaux (Kapitalgesellschaft) dont la direction est établie dans l'autre Etat sont imposables dans l'Etat dont elle est un résident.

2) La disposition du paragraphe 1 ne s'applique pas lorsque les revenus proviennent d'un établissement stable qu'une personne qui est un résident de l'un des

Etats contractants possède dans l'autre Etat. En pareil cas, lesdits revenus sont imposables dans l'autre Etat (art. 4).

Article 8

1) Les revenus qu'une personne physique qui est un résident de l'un des Etats contractants tire d'une activité de caractère indépendant qu'elle exerce ou a exercée dans l'autre Etat sont imposables dans l'autre Etat. Les revenus tirés d'une activité de caractère indépendant comprennent en particulier les revenus des professions libérales.

2) Une personne physique n'est considérée comme exerçant une profession libérale dans l'autre Etat que si elle y dispose de façon habituelle d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. Toutefois, cette restriction ne s'applique pas aux activités de caractère indépendant exercées dans le domaine des arts, du spectacle, du sport ou des variétés.

3) Le paragraphe 4 de l'article 4 s'applique *mutatis mutandis*.

4) Les émoluments qu'une personne physique qui est un résident de l'un des Etats contractants reçoit en sa qualité de membre du Conseil de surveillance, de membre non gestionnaire du Conseil d'administration ou de membre d'un organe analogue d'une société dont la direction est établie dans l'autre Etat sont imposables dans cet autre Etat.

Article 9

1) Les revenus qu'une personne physique qui est un résident de l'un des Etats contractants tire d'une activité salariée exercée dans l'autre Etat sont imposables dans cet autre Etat, sous réserve des dispositions de l'article 10.

2) Le paragraphe 1 ne s'applique pas, lorsque la personne physique

1. Séjourne à titre temporaire dans l'autre Etat pendant 183 jours au plus au cours d'une même année civile, et

2. Est rémunérée pour cette activité par un employeur qui est un résident du même Etat qu'elle, et

3. Exerce son activité ailleurs que dans un établissement stable dont l'employeur dispose dans l'autre Etat.

3) Le paragraphe 1 ne s'applique pas non plus, lorsque la personne physique

1. Est un résident de l'un des Etats contractants, où elle séjourne à proximité de la frontière, et exerce son activité dans l'autre Etat à proximité de la frontière, et

2. Rentre chaque jour, après son travail, dans le pays dont elle est un résident (frontaliers).

4) Les indemnités d'attente, pensions de retraite, pensions de veuve ou d'orphelin et autres prestations ou avantages pécuniaires qu'une personne physique qui est un résident de l'un des Etats contractants reçoit au titre de services passés de personnes autres que celles visées à l'article 10 sont imposables dans l'Etat de résidence du bénéficiaire.

Article 10

1) Les salaires, traitements et autres rémunérations ou pensions de retraite, pensions de veuve ou d'orphelin qu'une personne physique qui est un résident de

l'un des Etats contractants reçoit de l'autre Etat ou d'un Land, d'une commune, d'un syndicat de communes ou d'autres personnes morales de droit public de cet autre Etat au titre d'une prestation de services ou de services passés sont imposables dans l'autre Etat.

2) La disposition du paragraphe 1 s'applique également aux prestations qui sont versées

1. En application de la législation sur la sécurité sociale;

2. En application de la législation sur les pensions versées par le Trésor public aux invalides de guerre, aux veuves et orphelins de guerre et aux personnes assimilées;

3. En application de la législation sur l'indemnisation sur fonds publics des victimes de persécutions politiques.

Article 11

1) Les revenus de capitaux mobiliers qu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants tire de l'autre Etat sont imposables dans l'Etat de résidence, nonobstant la disposition du paragraphe 3 de l'article 3.

2) Lorsque l'impôt sur le revenu de capitaux intérieurs est perçu dans l'autre Etat par voie de retenue à la source, la disposition du paragraphe 1 ne porte pas atteinte au droit d'effectuer la retenue. L'impôt perçu par voie de retenue à la source sur les intérêts d'obligations, à l'exception des obligations convertibles et des obligations non convertibles avec droit au dividende, est remboursé sur demande.

3) Lorsque l'impôt perçu par voie de retenue à la source dans l'autre Etat n'est pas remboursé en application du paragraphe 2 et que les revenus visés au paragraphe 1 sont imposés également dans l'Etat de résidence, l'impôt perçu par voie de retenue à la source est déduit de l'impôt acquitté sur ces revenus par le créancier de l'Etat de résidence, sur la demande dudit créancier.

4) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas, lorsqu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants possède un établissement stable dans l'autre Etat et perçoit des revenus par l'intermédiaire de cet établissement. En pareil cas, ces revenus sont imposables dans l'autre Etat (art. 4).

Article 12

1) Les redevances et autres rémunérations provenant de l'un des Etats contractants et payées à une personne qui est un résident de l'autre Etat pour l'usage ou la concession de l'usage de droits d'auteur, brevets, modèles ou dessins, procédés de fabrication, marques de fabrique, ou d'autres droits analogues (exception faite des droits relatifs à l'exploitation du sol ou du sous-sol) sont imposables dans l'Etat de résidence. Toutefois, lorsque de telles rémunérations ont été convenues abusivement, le droit d'imposition de l'autre Etat reste intact.

2) Sont assimilés aux redevances les droits de location et autres rémunérations versés pour l'exploitation de films cinématographiques ou l'utilisation de matériel industriel, commercial ou scientifique.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas, lorsqu'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants possède dans l'autre Etat un établissement stable d'où proviennent les revenus en question. En pareil cas, ces revenus sont imposables dans l'autre Etat (art. 4).

Article 13

1) Les revenus d'une personne qui est un résident d'un des Etats contractants qui ne sont pas visés aux articles précédents sont imposables dans l'Etat de résidence.

2) Les étudiants, apprentis et stagiaires qui séjournent dans l'un des Etats contractants à seule fin d'y poursuivre des études ou d'y acquérir une formation ne sont pas assujettis à l'impôt dans cet Etat en raison des sommes d'argent qu'ils reçoivent de personnes de l'autre Etat pour payer leur entretien, leurs études ou leur formation.

Article 14

1) Le droit d'imposer les biens d'une personne qui est un résident de l'un des Etats contractants appartient à l'Etat qui a le droit d'imposer les revenus de ces biens, pour autant qu'il s'agisse :

- a) De biens immobiliers (y compris leurs accessoires);
- b) De créances garanties par un gage immobilier sur un bien-fonds;
- c) D'entreprises industrielles ou commerciales, y compris les compagnies de navigation maritime, intérieure ou aérienne, et les compagnies ferroviaires;
- d) De biens affectés à l'exercice d'une profession libérale.

2) Le droit d'imposer les autres biens de ladite personne appartient à l'Etat contractant dont elle est un résident.

Article 15

1) L'Etat de résidence ne peut se prévaloir du droit d'imposition dans les cas visés aux articles précédents où celui-ci est attribué à l'autre Etat.

2) Sans préjudice du paragraphe 2 de l'article 11 et de la seconde phrase du paragraphe 1 de l'article 12, dans les cas visés aux articles précédents où le droit d'imposition est attribué à l'Etat de résidence, l'autre Etat ne peut s'en prévaloir.

3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les impôts sur les revenus et les biens qui sont imposables dans l'Etat de résidence peuvent être calculés au taux applicable au revenu total ou à l'avoir total du contribuable.

Article 16

Lorsqu'une personne est un résident des deux Etats contractants, elle est réputée être un résident, dans la mesure où le droit d'imposition est attribué à l'Etat de résidence, de l'Etat auquel l'unissent les liens personnels et économiques les plus étroits (centre de ses intérêts vitaux). Selon que de besoin, les autorités fiscales supérieures des Etats contractants se concertent pour trancher la question sur la base de l'article 21.

Article 17

1) Les dispositions spéciales ci-après s'appliquent aux agents diplomatiques, fonctionnaires consulaires et représentants spéciaux des Etats contractants :

Pour autant qu'il s'agisse de fonctionnaires de profession, ces personnes ne sont assujetties dans l'Etat accréditant à l'impôt au sens de la présente Convention que sur les revenus visés aux articles 3, 4, 6 et 7 et sur les biens visés au paragraphe 1

de l'article 14 ou dans les cas où l'impôt est perçu par voie de retenue à la source. Cette disposition s'applique également aux fonctionnaires placés sous leurs ordres et aux personnes physiques affectées à leur service ou à celui de leurs subordonnés.

2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent que dans la mesure où les personnes visées sont des ressortissants de l'Etat accréditaire et qu'en dehors de leurs fonctions ou de leur service, elles n'exercent dans l'Etat accréditant aucune profession, aucun métier ou activité rémunératrice autre qu'occasionnelle.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas aux consuls honoraires. Les consuls honoraires, qui n'ont d'autre nationalité que celle de l'Etat accréditaire, sont exonérés de l'impôt sur le revenu pour les paiements qu'ils reçoivent afin de couvrir les dépenses qu'ils engagent es qualités.

4) Les revenus et biens qui ne sont pas imposés dans l'Etat accréditant en application du présent article sont imposables dans l'Etat accréditaire.

Article 18

Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 4 de l'article 17 s'appliquent *mutatis mutandis* aux fonctionnaires des administrations des douanes et des chemins de fer ou de la police frontalière de l'un des deux Etats qui sont affectés à un poste de leur administration dans l'autre Etat et résident de ce fait dans ce dernier, ainsi qu'aux membres de leur famille et au personnel de maison vivant sous leur toit, pour autant qu'il s'agisse de ressortissants de l'Etat accréditaire.

Article 19

1) Lorsqu'une personne établit que les mesures prises par les autorités fiscales des Etats contractants ont entraîné pour elle une double imposition contraire aux principes énoncés dans la présente Convention, elle peut, indépendamment des voies de droit internes, soumettre son cas à l'autorité fiscale supérieure de l'Etat contractant dont elle est un résident.

2) Si la réclamation est reconnue fondée, l'autorité fiscale supérieure compétente visée au paragraphe 1 s'efforce de s'entendre avec l'autorité fiscale de l'autre Etat pour éviter une double imposition.

Article 20

Les autorités fiscales supérieures des Etats contractants se communiquent les renseignements qui peuvent être requis aux termes de leurs législations fiscales respectives et qui sont nécessaires pour exécuter les dispositions de la présente Convention, notamment pour éviter les évasions fiscales. Ces renseignements sont tenus secrets et ne peuvent être communiqués qu'aux personnes chargées par la loi d'asseoir ou de recouvrer les impôts qui font l'objet de la présente Convention.

Article 21

1) Les autorités fiscales supérieures des Etats contractants peuvent se mettre directement en rapport en vue de régler les questions soulevées par la présente Convention.

2) Les autorités fiscales supérieures se concerteront en vue de régler les difficultés ou de dissiper les doutes que pourrait susciter l'application ou l'interprétation de la présente Convention et de remédier aux injustices qui pourraient résulter d'une double imposition dans des cas non prévus par la présente Convention et en

attendant que soient établies dans les deux Etats contractants les modalités d'application de celle-ci.

Article 22

La présente Convention s'appliquera également au *Land Berlin*, sauf déclaration contraire du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République d'Autriche dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la Convention.

Article 23

1) Les dispositions de la présente Convention s'appliqueront pour la première fois aux impôts dus pour la période commençant le 1^{er} janvier 1955.

2) Les impôts dus pour la période se terminant le 31 décembre 1954 continueront d'être régis par le Traité conclu entre le Reich allemand et la République d'Autriche le 23 mai 1922 en vue d'assurer la péréquation des impôts intérieurs et extérieurs¹, et notamment d'éviter la double imposition en matière d'impôts directs, ainsi que par la Convention additionnelle audit Traité du 11 septembre 1937.

Article 24

La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Vienne dès que possible. La Convention entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification, et elle demeurera en vigueur tant que l'un des Etats contractants ne l'aura pas dénoncée. En cas de dénonciation au moins trois mois avant la fin de l'année civile en cours, la Convention cessera d'être valable au 1^{er} janvier de l'année qui suit; en cas de dénonciation après ce délai, la Convention cessera d'être valable au 1^{er} janvier de la seconde année qui suit.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Bonn en double exemplaire, le 4 octobre 1954.

Pour la République d'Autriche :

J. STANGELBERGER

O. WATZKE

Pour le République fédérale d'Allemagne :

W. MERSMANN

¹ Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. XXVI, p. 405.

PROCOLE FINAL

Au moment de procéder à la signature de la Convention conclue ce jour entre la République d'Autriche et la République fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, ainsi que de contributions des patentes et d'impôts fonciers, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de la déclaration ci-après qui fait partie intégrante de la Convention :

En ce qui concerne l'article premier

1. Le terme « personne » utilisé dans la présente Convention désigne aussi bien les personnes physiques que les personnes morales. Les groupements de personnes et de capitaux soumis comme tels à l'impôt en tant que personnes morales sont considérés au sens de la présente Convention comme des personnes morales.

2. Au sens de la présente Convention, une personne est réputée séjourner habituellement dans un endroit ou un Etat, si elle y demeure dans des conditions qui permettent de penser qu'elle ne s'y trouve pas à titre purement temporaire.

En ce qui concerne l'article 2

3. Les autorités fiscales supérieures au sens de la présente Convention sont, pour la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des finances et, pour la République d'Autriche, le Ministère fédéral des finances.

4. Les autorités fiscales supérieures des deux Etats contractants s'entendront, en cas de doute, sur les impôts futurs auxquels la Convention s'appliquera. Les Etats contractants sont convenus de ne pas étendre le champ d'application de la Convention aux impôts uniques sur la fortune ou sur l'accroissement de la fortune.

En ce qui concerne l'article 3

5. L'article 3 s'applique également aux droits qui sont régis par les dispositions du droit civil des Etats contractants relatives à la propriété foncière.

6. Les Etats contractants sont convenus d'inclure également parmi les revenus tirés de l'aliénation de biens immobiliers les revenus provenant de l'aliénation d'une exploitation agricole ou forestière et les gains spéculatifs réalisés à la suite de l'aliénation de biens immobiliers. Les paiements variables qui ont pour cause l'aliénation de biens immobiliers mais qui ne sont imposables que parce qu'ils revêtent la forme de rentes ne sont pas visés par cette disposition.

7. Le paragraphe 3 s'applique aux créances qui sont garanties directement ou indirectement par un droit de gage immobilier sur un bien-fonds. Pareilles créances comprennent les obligations, qu'elles soient ou non garanties par un bien immobilier. Les droits de gage immobiliers comprennent les hypothèques et autres droits de gage fonciers.

En ce qui concerne l'article 4

8. L'expression « établissement stable » désigne les succursales, bureaux, usines, ateliers, magasins généraux, mines, carrières et autres lieux d'exploitation du sol et du sous-sol, expositions de vente permanentes, chantiers de construction ou de montage et chantiers assimilés, dont la durée a dépassé ou devrait normalement dépasser 12 mois, et autres installations fixes d'affaires.

9. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 10 ci-après, n'est pas compris dans la notion d'établissement stable :

- a) Le fait d'utiliser de façon occasionnelle ou intermittente des installations aux seules fins d'entreposage;
- b) Le simple fait de maintenir un stock de marchandises, fût-ce dans un entrepôt, à des fins de livraison, mais non d'exposition;
- c) Le simple fait de maintenir une installation fixe d'affaires aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises.

10. Sont assimilées à des établissements stables les représentations permanentes, lorsqu'elles sont assurées par

- a) Un représentant ou agent disposant de pouvoirs généraux lui permettant de négocier et de conclure des contrats au nom d'une entreprise et qui exerce habituellement ces pouvoirs également dans l'autre Etat;
- b) Un représentant ou agent qui dispose d'un stock de marchandise lui permettant d'exécuter régulièrement des commandes au nom de l'entreprise;
- c) Un commissionnaire, courtier ou tout autre représentant indépendant qui, agissant en dehors du cadre de son activité ordinaire, entretient des relations d'affaires dans un des Etats contractants au nom d'une entreprise de l'autre Etat.

11. Le fait qu'une société qui est un résident de l'un des Etats contractants possède une filiale qui est un résident de l'autre Etat ou qui y entretient des relations d'affaires ne suffit pas à lui seul à faire de cette filiale un établissement stable de la société mère.

12. Le calcul des revenus d'un établissement stable conformément au paragraphe 2 de l'article 4 doit, en principe, se faire à partir du bilan de cet établissement. A cet effet, il doit être tenu compte de toutes les dépenses imputables à l'établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration de l'entreprise, mais il ne sera pas tenu compte des bénéfices transférés d'un compte à un autre par virements fictifs.

13. Dans certains cas particuliers, s'agissant d'imputer les revenus conformément au paragraphe 2 de l'article 4, il peut être procédé à une ventilation des bénéfices totaux de l'entreprise. S'il s'agit de compagnies d'assurances, on prend en pareil cas pour critère le rapport entre le montant des primes brutes encaissées par l'établissement stable et le montant global des primes brutes encaissées par l'entreprise. Les autorités fiscales des Etats contractants se concerteront dès que possible et selon que de besoin, dans des cas particuliers, au sujet de l'imputation des revenus.

14. Le droit d'imposition en ce qui concerne la contribution des patentes perçue sur la masse salariale appartient à l'Etat qui est habilité à mettre en recouvrement la contribution des patentes.

En ce qui concerne les articles 4, 6 et 11

15. Un associé tacite est considéré comme un exploitant, lorsque sa mise de fonds comporte une participation au capital de l'entreprise. Si tel n'est pas le cas, les revenus qu'il tire de sa participation comme associé tacite sont considérés comme des revenus de capitaux mobiliers (art. 11).

16. Les revenus d'actions, parts minières (Kuxen), coupons et autres titres, ainsi que de parts sociales de sociétés coopératives et de sociétés à responsabilité limitée ne sont pas considérés comme des revenus provenant d'une entreprise industrielle ou commerciale, mais comme des revenus de capitaux mobiliers (art. 11).

En ce qui concerne l'article 6

17. L'article 6 s'applique également lorsque l'exploitation se fait à l'aide de véhicules affrétés. Il s'applique de la même façon aux agences dont les activités sont directement liées à l'exploitation ou au service de liaison.

18. L'article 6 s'applique également aux compagnies de navigation aérienne qui participent à une entente ou à une exploitation en commun.

En ce qui concerne l'article 7

19. Une participation est dite essentielle lorsque celui qui l'aliène a participé à la société de capitaux, seul ou avec ses proches, directement ou indirectement, jusqu'à concurrence de plus d'un quart au cours des cinq dernières années.

En ce qui concerne l'article 8

20. Les professions libérales comprennent notamment les activités d'ordre scientifique, artistique, littéraire, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités professionnelles des médecins, avocats et notaires, des ingénieurs, architectes, chimistes, dentistes, géomètres, réviseurs d'entreprises, conseillers fiscaux, experts comptables et autres professions analogues.

21. Le paragraphe 4 ne s'applique qu'aux émoluments reçus en contrepartie d'une activité de surveillance. Les rémunérations reçues en contrepartie d'une autre activité sont visées aux articles 9 et 10.

En ce qui concerne l'article 9

22. Les revenus tirés d'une activité non indépendante comprennent les salaires, appointements, traitements, tantièmes, gratifications ou rémunérations spéciales, avantages pécuniaires et indemnités que des personnes physiques employées dans le secteur privé reçoivent de personnes autres que celles visées à l'article 10.

23. Si l'employeur, au sens de l'alinéa 2 du paragraphe 2 de l'article 9, est une société de personnes, cette société est réputée domiciliée au lieu où se trouve sa direction fictive.

24. L'expression « à proximité de la frontière » s'entend d'un périmètre de 30 kilomètres de part et d'autre de la frontière.

25. Le paragraphe 1 de l'article 9 ne s'applique pas aux étudiants qui, en vue d'acquérir la formation pratique requise, travaillent contre rétribution dans une entreprise de l'autre Etat pendant 183 jours au plus au cours d'une même année civile.

En ce qui concerne l'article 10

26. Les prestations visées à l'alinéa 3 du paragraphe 2 de l'article 10 sont :

- a) Dans la République fédérale d'Allemagne, les rentes en argent, les dédommagements en capital et les prestations sous la forme de traitements curatifs qui ont leur source dans la législation sur l'indemnisation des victimes des persécutions

du national-socialisme (décès, lésions corporelles, atteintes à la santé et privation de la liberté);

- b) Dans la République d'Autriche, les rentes et indemnités pour frais exposés à la suite d'une détention et pour frais de justice versées aux victimes de la lutte pour une Autriche libre et démocratique en vertu de dispositions légales spéciales, ainsi que les indemnités versées aux fonctionnaires victimes de sanctions de caractère politique.

En ce qui concerne l'article 11

27. Pour établir que l'impôt sur le revenu de capitaux a été perçu dans l'autre Etat par voie de retenue à la source, il suffit de produire un décompte de l'organisme qui a versé ce revenu.

En ce qui concerne l'article 17

28. L'article 17 ne porte pas atteinte au droit de bénéficier d'autres exonérations éventuelles consenties aux agents diplomatiques et aux fonctionnaires consulaires en vertu des règles générales du droit des gens ou de conventions particulières. Les revenus et biens qui ne sont pas imposés dans l'Etat accréditant en raison de ces exonérations sont imposables dans l'Etat accréditaire.

En ce qui concerne l'article 23

29. Le paragraphe 2 de l'article 23 s'applique également aux impôts uniques sur la fortune ou sur l'accroissement de la fortune.

FAIT à Bonn en double exemplaire, le 4 octobre 1954.

Pour la République d'Autriche :

J. STANGELBERGER

O. WATZKE

Pour le République fédérale d'Allemagne :

W. MERSMANN

